

Interne Kritik der SP-Basis

Dem Überwachungsgesetz von SP-Bundesrätin Sommaruga erwächst parteiinterner Widerstand.
René Donzé

Am Samstag wird es am SP-Parteitag in Winterthur zu einem Schlagabtausch kommen. Die SP Appenzell Innerrhoden hat eine Resolution eingereicht, mit der sie die Partei zur Opposition gegen das revidierte Bundesgesetz zur Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (Büpf) verpflichtet will. Die Fraktion müsse die Abhörprogramme (Bundes-trojaner) wie auch die längere Speicherung von Telekom-Daten bekämpfen. Sollte sie im Rat unterliegen, soll die SP die Unterstützung des Referendums der Jungparteien gegen das Büpf diskutieren, fordert Sektionspräsident Martin Pfister. «Ich will eine Debatte auslösen», sagt er. Unterstützung erhält er von den Jungsozialisten. Auch am linken Parteirat ist die Skepsis gegen das Büpf dem Vernehmen nach gross.

Parteisitze und Fraktion hingegen stellen sich grundsätzlich hinter das Gesetz aus dem Departement von SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga. Darum hat die SP-Geschäftsleitung eine Gegenresolution verabschiedet, wie Generalsekretärin Flavia Wasserfallen bestätigt. «Es braucht die Revision des Büpf, damit Verbrechen effizient bekämpft und aufgeklärt werden können», sagt sie. Das will die Geschäftsleitung den Delegierten darlegen. Hingegen erwägt sie ein Referendum gegen das Nachrichtendienstgesetz. Dieses gibt dem Nachrichtendienst viele Kompetenzen zur Überwachung verdächtiger Personen. Diesen «Schnüffelstaat» wolle die Geschäftsleitung verhindern, erklärt Wasserfallen.

Polizei stellt Ermittlungen zu Initiative im Aargau ein

Die abhandelekommenen Unterschriften für ein Windkraft-Moratorium im Aargau bleiben unauffindbar.
Andreas Schmid

Die Aargauer Kantonspolizei ermittelt nicht mehr weiter im Zusammenhang mit den verschwundenen Unterschriften für ein kantonales Windkraft-Moratorium. Wie Sprecher Bernhard Graser auf Anfrage sagt, sind die Unterlagen zu ergebnislosen Suche der Staatsanwaltschaft überwiesen worden, die sie nun unter den ungeklärten Delikten ablege.

Kurz vor Ablauf der Sammelfrist Mitte Mai waren die Unterschriftenbögen abhandelekommen. Sie seien aus seinem Haus in Oberhof gestohlen worden, hatte der Initiator mitgeteilt und bei der Polizei Anzeige erstattet.

Nach eigenen Angaben hatte das Initiativkomitee die nötigen 3000 Unterschriften beisammen, womit die Aargauer Stimmberechtigten über ein Moratorium für Windkraftwerke entschieden hätten, solange in der Schweiz Atomstrom produziert wird.

Die Initianten wollen einen neuen Anlauf starten. Das Anliegen soll nicht nur im Aargau, sondern auch in den Kantonen Basel-Landschaft und Solothurn zur Abstimmung gebracht werden.

Für das späte Kind nach Spanien

Reproduktions-Kliniken in Spanien verzeichnen mehr Schweizer Patientinnen

Mindestens vierhundert Schweizerinnen reisen jährlich für eine Fertilitätsbehandlung nach Spanien. Eine wachsende Anzahl lässt eigene Eizellen konservieren.
Katharina Bracher

Die Schweizerinnen sind für Spaniens Reproduktionskliniken ein wachsendes Geschäft. Der Marktführer IVI Spain mit zwölf Niederlassungen und das auf deutschsprachige Klientel spezialisierte Institut IVF Spain in Alicante behandeln jährlich je 200 Frauen aus der Schweiz – Tendenz steigend. Bei IVF Spain bilden die Schweizerinnen die zweitgrösste ausländische Gruppe nach den Deutschen. «Schweizerinnen entscheiden sich für unsere Klinik, weil ihnen eine ganze Reihe von Behandlungen in ihrem Land gesetzlich verboten sind», sagt Inge Kormelink von IVF Spain.

Damit spricht sie neben gewissen Verfahren der Präimplantationsdiagnostik vor allem die in der Schweiz verbotene Eizellen-spende an. «Wir haben im laufenden Jahr bereits 61 Patientinnen aus der Schweiz mithilfe einer Eizellenspende behandelt», sagt Dulce Iborra von IVI Spain. Diese Zahl sei in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen – wobei zu bedenken ist, dass die Klinik ihr Angebot ebenso stetig ausgebaut hat.

Unsichere Lebenspläne

Ein Trend lässt sich jedoch zweifelsfrei feststellen: Eine zunehmende Anzahl Frauen macht von der Möglichkeit Gebrauch, ihre Eizellen einzufrieren zu lassen. «Seit Januar 2014 sind schon 16 Patientinnen aus der Schweiz angereist, um Eizellen konservieren zu lassen. 2013 waren es im ganzen Jahr 22», erklärt Kormelink. Dabei handelt es sich um



In der IVI-Klinik lagern Eizellen-Reserven von zahlreichen Schweizerinnen. (Valencia, 21. November 2012)

5 Jahre

darf man in der Schweiz Eizellen einfrieren. Die meisten Frauen mit einer Eizellen-Reserve lagern diese darum im Ausland.

Frauen zwischen 25 und 35 Jahren, die aus persönlichen Gründen eine Mutterschaft auf später verschieben und darum eine sogenannte Fertilitäts-Reserve anlegen.

Social Freezing nennt man den Vorgang, wenn jemand aus nicht-medizinischen Gründen eine solche Reserve anlegt. Social Freezing könnte man zwar auch in der Schweiz machen lassen,

aber hier dürfen Eizellen nur maximal fünf Jahre eingefroren werden, eine sehr kurze Frist, zumal der optimale Zeitpunkt, um Eizellen zu entnehmen und einzufrieren zu lassen, deutlich vor 35 Jahren liegt, wie Peter Fehr, Reproduktionsmediziner aus Zürich, erklärt. «Wer sich nicht innerhalb von fünf Jahren für ein Kind entscheidet, muss seine Eizellen vernichten oder ins Ausland schaffen», sagt Fehr. Er rate Frauen darum häufiger, für Social Freezing nach Spanien zu reisen. Das «Eggbanking», also die Entnahme, das Einfrieren und Wiederauftauen von Eizellen, brauche viel Erfahrung, etwas, das die spanischen Kliniken im Gegensatz zu vielen Schweizer Anbietern vorweisen könnten.

«Die Erfolgsquoten – das heisst der Anteil der Behandlungen, die schliesslich zu einer Schwangerschaft führen, lägen je nach Methode bei um die 60 Prozent», schätzt Fehr.

Eine der Schweizerinnen, die im vergangenen April nach Alicante reisten, um sich dort Eizellen zu entnehmen und diese einzufrieren zu lassen, ist die 30-jährige P. aus Zürich. Im Gegensatz zu anderen jungen Frauen, die beispielsweise vor einer Krebsbehandlung Eizellen einfrieren lassen, hat sie keine medizinischen Gründe für die Behandlung, sondern rein persönliche. «Ich habe mich aus Unsicherheit über meinen weiteren Lebensplan dazu entschieden», erklärt P. Momentan sei noch ungewiss, wann sie

Kinder haben werde. «Zuerst will ich mich beruflich weiterentwickeln», sagt sie. Die Eizellen-reserve sei für sie eine Absicherung für die Zukunft. Sie wolle später nichts bereuen. «Dass ich in Spanien einen Eizellenvorrat habe, nimmt viel Druck von mir», sagt P.

Verdoppelung der Frist

Dieses Motiv sei nicht das häufigste, ist Dorothea Wunder, Chefarztin der Reproduktionsmedizin und Endokrinologie am Lausanner Universitätsspital CHUV, überzeugt. «Karrieregründe stehen selten im Vordergrund beim Social Freezing. Nach meiner Erfahrung sind es intelligente Frauen in einer guten beruflichen Position, die einfach keinen Partner finden. Männer entscheiden sich in der Tendenz eher für jemanden, der beruflich weniger stark engagiert ist», sagt Wunder. Gleichzeitig seien die Frauen schon in einem Alter, in dem Qualität und Anzahl der Eizellen abnehmen.

Wunder selbst steht dem Social Freezing skeptisch gegenüber. «Wer seine Eizellen einfriert, hat das eigentliche Problem nicht gelöst», gibt sie zu bedenken. Denn auch wer später Mutter werde, müsse die schwierige Vereinbarkeit von Beruf und Familie erst noch überwinden.

Dorothea Wunder ist Präsidentin der Fertisave-Kommission der Gesellschaft für Reproduktionsmedizin. Sie erfasst das Phänomen Social Freezing im Inland seit einem Jahr. 6 Fälle wurden bisher gemeldet. Die grosse Mehrheit der Frauen reist für das Einfrieren der Eizellen ins Ausland. «Grund dafür ist die beschränkte Aufbewahrungszeit», ist Fehr überzeugt. Der Bundesrat möchte diese Frist verdoppeln – noch muss aber das Parlament zustimmen.

Atommüll-Kosten dürften steigen

Laut Ethos-Präsident Kaspar Müller kostet die Entsorgung radioaktiver Abfälle mehr als geplant. Nationalräte fordern eine Neuberechnung.
René Donzé

Rund 20 Milliarden Franken dürfte die Stilllegung der Atomkraftwerke und die Entsorgung der radioaktiven Abfälle kosten. Dies besagt die letzte Kostenstudie aus dem Jahr 2011. Bezahlt werden die meisten Rechnungen aus zwei Fonds, welche die AKW-Betreiber nach Vorgaben des Bundes äufnen. Die entsprechende Stilllegungs- und Entsorgungsverordnung wird derzeit revidiert und demnächst vom Bundesrat verabschiedet. Kernstück der Revision ist eine neue Sicherheitsmarge von 30 Prozent auf den Kosten. Dagegen wehren sich die Betreiber, weil sie die Strompreise nach oben treiben würde.

Ob der Bundesrat die Branche erheit, ist offen. FDP-Nationalrat Ruedi Noser befürchtet, dass die Regierung kipp. «Der Sicherheitszuschlag ist noch nicht gesichert», sagt er. Dabei wäre er nötig denn je, findet Noser. Erst kürzlich hat das Bundesamt für Energie (Bfe) bekanntgegeben, dass sich die Suche nach einem Endlagerstandort um 10 bis 15 Jahre verzögert. Laut Branchenverband Swissnuclear steigen darum die Kosten zwar um 5 Prozent, doch würden sie durch mehr Zinserrträge während der



Versuche zur Tiefenlagerung im Felslabor. (St-Ursanne, 2. 11. 2010)

zusätzlichen Jahre weitgehend kompensiert. Wie die Rechnung zustande kam, gibt der Verband nicht bekannt. «Wir gehen daher nicht auf die Details ein», sagt Sprecher Patrick Jecklin.

Noser will es genauer wissen. Er hat am Donnerstag eine Anfrage eingereicht, in der er nach der Haltung des Bundesrates zu dieser Schätzung fragt. Er spricht von einer «reinen Schönwetter-

rechnung». Gestützt wird diese Ansicht vom Basler Finanzspezialisten und Präsidenten der Anlagestiftung Ethos, Kaspar Müller. Swissnuclear gehe immer von einem Best Case aus, sagt er. In der Vergangenheit aber sei dieser nie eingetroffen. «Meist stiegen die Kosten stärker als angenommen, und die Fonds entwickelten sich schwächer als erhofft.» Müller glaubt, dass sich grosse Finanzie-

rungslücken auftun werden. «Das Vorsichtsprinzip verlangt, dass man aufgrund der Verzögerung die Entsorgungskosten neu berechnet», sagt er.

Die nächste Kalkulation ist indes erst für 2016 geplant. Sie wäre aber laut Verordnung auch möglich, wenn unvorhergesehene Umstände eintreten. Das Bfe will im Moment nichts zu einer möglichen Zwischenrechnung sagen. Weil die Verordnung demnächst im Bundesrat behandelt wird, könnten derzeit keine inhaltlichen Fragen beantwortet werden, sagt Sprecherin Marianne Zünd.

Die Forderung nach Neuberechnungen kommt auch von linker Seite. SP-Nationalrat Max Chopard will in einem neuen Vorstoss wissen, ob das Projekt teurer wird, wenn der Endlagerbau auf Schwierigkeiten stösst und darum weiter verschoben oder abgebrochen werden muss. «Man muss die Abbruchkriterien definieren und dafür auch die Kosten mit einbeziehen», sagt Chopard.

Am Montag kommt die Entsorgungsfrage in die Nationalratskommission für Umwelt, Raumplanung und Energie. Zum Fonds sei allerdings nichts traktandiert, sagt Kommissionspräsident Hans Keller (svp). Die Verordnung liegt in der Kompetenz des Bundesrates. Keller gehört dort voraussichtlich zu einer Minderheit, die «keinen Grund sieht für einen Sicherheitszuschlag». Damit würde bloss der Preis der Kernenergie nach oben getrieben, so Keller.

Rassismus beschäftigt Juristen

Deutlich mehr Opfer von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus haben im Jahr 2013 juristische Beratung bei den kantonalen Anlaufstellen in Anspruch genommen. Dies geht aus dem Bericht des Beratungsnetzes für Rassismopfer humanrights.ch hervor, der am Montag veröffentlicht wird. «Die Anzahl der erbrachten Rechtsberatungen hat sich von 36 im Jahr 2012 auf 74 im letzten Jahr verdoppelt», sagt Laura Zingale von humanrights.ch. Im Bericht wird über die bei insgesamt elf Anlaufstellen in der ganzen Schweiz gemeldeten Vorfälle Bericht erstattet.

Die kantonalen Anlaufstellen bieten niederschwellige Auskünfte und Beratung für in der Schweiz Lebende, die sich aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe oder Religion diskriminiert fühlen. Längst nicht alle Kontakte mit den Anlaufstellen münden auch in rechtliche Verfahren. 2013 sahen die Berater in insgesamt 192 Fällen eine rassistische Diskriminierung. Am häufigsten erleben Betroffene rassistische Diskriminierungen bei der Arbeit, gefolgt von der Verwaltung und dem Wohnungsmarkt. Über 50 Prozent der Ratsuchenden stammten aus Nord-, West- und Ostafrika. Mehr als die Hälfte aller betroffenen Personen verfügten in der Schweiz über eine Niederlassungsbewilligung.
Katharina Bracher